

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

28.04.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Mögliche Nachfolgerin für Minister Backhaus</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 27.04.2022</i> .....	3
2   <b>Firmen im MV-Osten für Energiemix</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 27.04.2022</i> .....	4
3   <b>Wasserstoffhafen Rostock: Grünes Licht aus Brüssel wird für Herbst erwartet</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 28.04.2022</i> .....	5
4   <b>Atom-Endlager an deutscher Grenze geplant</b> <i>zdf.de, 27.04.2022</i> .....	6
5   <b>Schacht Konrad: Der ewige Streit um das atomare Endlager</b> <i>ndr.de, 28.04.2022</i> .....	8

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 27.04.2022 | S. 8

📄 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

👤 Frank Pubantz

## SPITZENPERSONAL

# Mögliche Nachfolgerin für Minister Backhaus

**Elisabeth Aßmann (32) ersetzt den erkrankten Staatssekretär im Agrar- und Umweltministerium, Jürgen Buchwald. Sie war bereits früher in der SPD als mögliche Nachfolgerin für Minister Till Backhaus im Gespräch.**

Das Personalkarussell in der Landesregierung dreht sich: Agrar- und Umweltminister Till Backhaus wird mit Elisabeth Aßmann (beide SPD) eine neue Staatssekretärin erhalten. Aßmann ersetzt den langjährigen Stellvertreter Backhaus', Jürgen Buchwald, der aus gesundheitlichen Gründen die Tätigkeit nicht mehr ausüben könne, informierte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) am Dienstag in Schwerin.

Die 32-jährige Aßmann galt in der SPD bereits früher als mögliche Nachfolgerin für Backhaus. Ihre Ernennung zur Staatssekretärin kann wohl auch als Zeichen

verstanden werden, wie es nach der Backhaus-Ära an der Spitze des Ministeriums weitergeht. Der 63-Jährige ist seit 1998 Agrarminister, der dienstälteste Minister in ganz Deutschland.

Aßmann ist studierte Agrarökonomin und sitzt seit 2016 im Schweriner Landtag. Sie besetzte in der Vergangenheit in der SPD-Landtagsfraktion die Themen Landwirtschaft/Umwelt und Finanzen. In der SPD gilt sie als ehrgeizig und durchsetzungsstark. Aßmann ist verheiratet und hat zwei kleine Kinder. Sie lebt in der Nähe von Schwerin.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 27.04.2022 | S. 10

📄 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

## Firmen im MV-Osten für Energiemix

Die Unternehmen im Osten Mecklenburg-Vorpommerns fordern einen breitgefächerten Energiemix, um die Versorgungssicherheit mit Strom und Wärme zu gewährleisten. Dazu gehöre eine längere Nutzung von Kohle- und Atomkraftwerken, teilte

die IHK Neubrandenburg gestern mit. Eine entsprechende Resolution habe die IHK-Vollversammlung beschlossen. Ein solcher Energiemix senke das Risiko der Abhängigkeit von einzelnen Energieträgern und Lieferländern.

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 28.04.2022 | S. 12

📄 Auflage: 29.688 | Reichweite: 74.194

👤 Katrin Zimmer

## ERNEUERBARE ENERGIEN

# Wasserstoffhafen Rostock: Grünes Licht aus Brüssel wird für Herbst erwartet

## Rostock: Port und Energieunternehmen hoffen auf Geld von Bund und Land

Wasserstoff statt Kohlekraft: Die größte Stadt des Landes soll Energielieferant für ganz Deutschland werden - als Wasserstoffhafen. So lautet das erklärte Ziel der Hafengesellschaft Rostock Port und der Landesregierung in Schwerin. Als eines von vier Projekten hatte sich der Überseehafen mit dem Aufbau einer Wasserstofffabrik durchgesetzt, die die Bundesregierung mit der Bewerbung um Fördergelder bei der EU in Brüssel eingereicht hatte.

In direkter Nachbarschaft zum Steinkohlekraftwerk soll die neue Anlage zur Produktion von Wasserstoff aus Windstrom demnach entstehen und mit ihr bis zu 1000 neue Arbeitsplätze. Gebaut werden könnte der Elektrolyseur mit einer Leistung von zunächst 100 Megawatt - es soll perspektivisch bis auf 1 Gigawatt aufgestockt werden - bis 2026.

Bestehende Pipelines in die Industriegebiete nach Schwedt (Brandenburg) und Leuna (Sachsen-Anhalt) könnten direkt mitgenutzt werden. So sehen es die Pläne der Hafengesellschaft und der acht Firmen und Institutionen, darunter auch der Energie-Riese RWE, vor. Mehr als 300 Millionen Euro könnten dafür nach Rostock fließen.

„Wir hoffen, dass wir im Herbst ein Signal aus Brüssel bekommen und dann das Geld vom Bund für das Projekt“, sagte Rostock-Port-Geschäftsführer Jens A. Scharner am Mittwoch auf der zweiten Wasserstoffkonferenz beim Fraunhofer Institut in der Hansestadt. Der Rostocker Hafen solle zur Energiedrehscheibe Deutschlands werden, mit Hilfe von Wasserstoff - er setze aber auch auf Ammoniak, so Scharner weiter.

Grüner Wasserstoff sei eine der großen Chancen der Energiewende, sagte MV-Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD). Die Landesregierung habe sich zum Ziel gesetzt, bis 2035 den gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Ressourcen zu decken. Die sollten im Land produziert und auch verbraucht werden, so Meyer. Mecklenburg-Vorpommern solle nicht zum Rohstofflieferanten für andere werden.

Stattdessen solle das Geld, das in Wasserstoffprojekte investiert werde, sich auch im Land auszahlen. Voraussetzung dafür sei, dass MV grünen Strom produziere - beispielsweise durch Windkraft, On- und auch Offshore. „Wo Energie produziert wird, siedeln sich Firmen an, die neue Arbeitsplätze schaffen“, sagte Meyer.

Das Land habe 100 Millionen Euro reserviert, um Projekte zu unterstützen, die sich der Produktion und Nutzung von Wasserstoff verschrieben haben. Die gelte es noch zu ordnen und zu bewerten. Das Zentrum der Wasserstoffwirtschaft in MV sehe er aber ganz klar in Rostock, wo es „exzellente Forschungseinrichtungen wie das Fraunhofer oder das Leibniz-Institut gibt“, so der Minister.

Neben dem Seehafen hat sich aus MV unter anderem auch die Firma Apex Energy mit Sitz in Rostock-Laage um die Teilnahme am IPCEI Projekt (Important Project of Common European Interest) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz zum Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur beworben - und damit um Fördergelder. Deutschlandweit haben es 62 Projekte in die Auswahl geschafft. Insgesamt stehen mehr als acht Milliarden Euro an Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung, um diese zu unterstützen.



zdf.de | 27.04.2022 | S. 10:28 Uhr

Agnes Pedrero, AFP

WEBLINK

## DEPONIE FÜR MÜLL IN DER SCHWEIZ

# Atom-Endlager an deutscher Grenze geplant

*In der Schweiz gibt es zehntausende Kubikmeter radioaktiven Abfall. Er soll tief unter der Erde entsorgt werden - nahe der deutschen Grenze. Doch es gibt Kritik an dem Projekt.*

Wie riskant die überirdische Lagerung radioaktiven Abfalls ist, hat der Krieg in der Ukraine deutlich gemacht. Das bestärkt die Schweiz in dem Vorhaben, ihren Atommüll tief in der Erde in Tongestein zu entsorgen - nahe der deutschen Grenze. Im Labor Mont Terri in der Nähe von Saint-Ursanne im Kanton Jura wird diese Art der Endlagerung erforscht.

„Wir befinden uns hier 300 Meter unter der Erde“, sagt der Leiter der Versuchsanlage, der Geologe Christophe Nussbaum. Stollen von insgesamt 1,2 Kilometern Länge wurden in den Fels getrieben, um dort zu untersuchen, wie sicher radioaktiver Abfall in einer solchen Umgebung aufbewahrt werden kann.

### Lager wird mit mehr als 170 Experimente getestet

In fünf Meter hohen Nischen wird die Einlagerung erprobt. Kleine Mengen radioaktiven Materials werden von tausenden Sensoren überwacht. Mit mehr als 170 Experimenten wurden alle denkbaren physikalischen und chemischen Effekte simuliert, die in den verschiedenen Phasen der Lagerung auftreten könnten.

Experten gehen davon aus, dass es etwa 200.000 Jahre - oder rund 8.000 Generationen - dauert, bis die Radioaktivität der gefährlichsten Abfälle auf ein natürliches Niveau zurückgeht. Im Mont Terri werde jedoch eine Lagerung über eine Million Jahre analysiert, sagt Nussbaum. Bisher seien die „Ergebnisse positiv“.

### Standorte nahe Deutschland im Gespräch

Der Mont Terri dient lediglich der Forschung. Für das tatsächliche Endlager sind drei Standorte im Nordosten der Schweiz nahe Deutschland im Gespräch. Die Kraftwerksbetreiber werden ihre Präferenz voraussichtlich im September bekannt geben. Die Regierung will bis 2029 eine Entscheidung treffen. Gegner könn-

ten jedoch ein Referendum über das Endlager initiieren.

Der Umweltschutzorganisation Greenpeace geht die Schweiz zu schnell vor. „Es gibt eine Unzahl von technischen Fragen, die nicht geklärt sind“, sagt Florian Kasser, Atomexperte von Greenpeace in der Schweiz. Offen sei beispielsweise, wie sichergestellt wird, dass das Lager nicht in Vergessenheit gerät, so dass sich auch künftige Generationen der Gefahr bewusst seien.

Jahrzehntelange Forschung

Die Arbeiten an der Endlagerstätte sollen bis 2060 beginnen. „Es ist ein Jahrhundertprojekt: 50 Jahre lang haben wir wissenschaftlich geforscht, und jetzt haben wir 50 Jahre Zeit für die Genehmigung und die Umsetzung des Projekts“, sagt Felix Glauser, Sprecher der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle.

Mehrere Jahrzehnte lang wird das Lager nach Fertigstellung noch überwacht, bevor es im nächsten Jahrhundert endgültig versiegelt wird.

### Das macht die Schweiz mit Atommüll

- Seit über 50 Jahren fällt in der Schweiz Atommüll an. Zurzeit befinden sich die Abfälle in einem Zwischenlager in Würenlingen, etwa 15 Kilometer von Deutschland entfernt.
- Nach dem Unfall im japanischen Kernkraftwerk Fukushima 2011 hat auch die Schweiz beschlossen, aus der Atomenergie auszusteigen.
- Anders als in Deutschland können die vier Reaktoren jedoch so lange noch betrieben werden, wie sie als sicher eingestuft werden.

- Das Kernkraftwerk Mühleberg wurde 2019 stillgelegt, Beznau, Gösgen und Leibstadt sind noch am Netz.
- Insgesamt muss die Schweiz etwa 83.000 Kubikmeter radioaktiver Abfälle entsorgen, darunter auch einige hochradioaktive.

## Schacht Konrad: Der ewige Streit um das atomare Endlager

*Das Bergwerk Schacht Konrad in Salzgitter soll Endlager für radioaktiven Restmüll werden. Doch allein bis die niedersächsische Landesregierung am 30. April 2002 grünes Licht gibt, vergehen 20 Jahre. Und: Eingelagert wird nicht vor 2027.*

Termine für die Inbetriebnahme von Schacht Konrad als Endlager für leicht- und mittelradioaktiven Abfall gibt es im Laufe der Jahrzehnte viele - unter anderem 1988, 1991, 1997, 2012 und 2022. Kaum eine Debatte in Deutschland dauert bereits so lange, hat so viel Geld gekostet und ist immer noch nicht am Ende. Als etwa das niedersächsische Landeskabinett um Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) am 30. April 2002 die Endlager-Genehmigung - auf Behördendeutsch: Planfeststellungsbeschluss - abnickt und das Umweltministerium in Hannover sie am 22. Mai erteilt, rechnet niemand mit einem zeitnahen Baubeginn. Viele Gegnerinnen und Gegner kämpfen noch heute dafür, dass dort kein radioaktiver Restmüll in rund 1.000 Metern Tiefe einbetoniert wird.

### Salzgitter-Betriebsrat schlägt Konrad als Endlager vor

Die Idee, in dem Eisenerz-Bergwerk radioaktive Abfälle zu lagern, hat in den 1970er-Jahren der Betriebsrat der Salzgitter Erzbergbau AG. Die Qualität des Erzes ist zu schlecht, um mit der Konkurrenz mithalten zu können und der Betriebsrat sucht nach Möglichkeiten, das Aus für Konrad zu verhindern. Wegen seiner günstigen Lage in Hunderte Meter dickem Tongestein und der Tiefe möglicher Lagerstellen im Eisenerz, prüft die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung - das heutige Helmholtz Zentrum München - ab 1975, ob sich die Grube eignet. Andere potenzielle Standorte zum Lagern von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung werden nicht untersucht und verglichen.

Nach damaligen wie aktuellen Berechnungen fallen 95 Prozent der radioaktiven Abfälle in West- beziehungsweise Gesamtdeutschland in diese Kategorie - während gerade einmal ein Prozent der Radioaktivität aller in Deutschland anfallenden Abfälle darin gebündelt ist. Das Gros stammt aus Kernkraftwerken, zudem

aus Betrieben und Forschungseinrichtungen.

### Mit Beginn des Verfahrens formiert sich der Widerstand

Nachdem die Gesellschaft für Strahlenforschung 1982 grünes Licht für Schacht Konrad gibt, beantragt die damals für Endlagerung zuständige Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) im August desselben Jahres beim niedersächsischen Sozialministerium die Bau- und Betriebsgenehmigung für das erste deutsche atomare Endlager. Sie geht seinerzeit davon aus, dass 1988 mit der Einlagerung begonnen werden kann. Der Widerstand ist von Anfang an groß. Landwirte aus Salzgitter, Atomkraftgegnerinnen und -gegner, Bürgerinitiativen, Umweltverbände, Kommunen, Gewerkschaften, Parteien und Betriebe wollen ein Endlager in der alten Eisenerzgrube verhindern, weil sie um die Langzeitsicherheit fürchten. Im Kern bezweifeln sie, dass radioaktiver Restmüll ohne Gefahr für die Umwelt in der Grube gelagert werden kann. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) ist nach wie vor davon überzeugt, dass es - wie in der Schachtanlage "Asse" im Landkreis Wolfenbüttel - "nur eine Frage der Zeit" ist, bis der eingelagerte Müll Kontakt zu Grundwasser führenden Schichten bekommt und Strahlung in die Umgebung ausgeschwemmt wird.

### Straßenproteste und Gutachten gegen Endlager in Salzgitter

An der ersten Demonstration im Juli 1981 beteiligen sich laut der später gegründeten Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad - einem Bündnis von Kommunen, Verbänden und anderen Kritikern -, rund 1.500 Menschen. Im Oktober 1982 kommt es bei Protesten an der Schachtanlage in Salzgitter-Bleckenstedt zu Ausschreitungen. Eine Gruppe aus den insgesamt rund 8.000 bis 10.000 Demonstrierenden attackiert Polizisten mit Steinen und Molotowcocktails, mehrere Be-

amten und Protestierende werden verletzt.

Der Widerstand gegen das Endlager formiert sich auch auf politischer Ebene: Die Stadt Salzgitter weist der PTB 1987 mit drei eigens in Auftrag gegebenen Gutachten erhebliche Fehler bei den Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren nach. Diese sind demnach weitgehend unvollständig und nicht nachvollziehbar. Ein Kieler Ingenieurbüro stellt beispielsweise fest, dass die PTB zugrunde liegende Überlegungen nur in groben Zügen darstelle und oft nicht zwischen Annahmen und geprüften Daten unterscheide, berichtet damals die Tageszeitung "taz". Die Konsequenz: Ein neues Erkundungsprogramm muss gestartet werden, das Verfahren verzögert sich. Zudem werden im Zuge des Planfeststellungsverfahrens mehr als 70 Behörden und Naturschutzverbände um Stellungnahme gebeten.

### **Streit zwischen Bund und Land verzögert Verfahren**

1989 hat die PTB alle nötigen Planungsunterlagen zusammengestellt und reicht sie beim inzwischen zuständigen Niedersächsischen Umweltministerium ein. Letzteres wurde nach dem schweren Reaktor-Unfall im ukrainischen Tschernobyl im April 1986 eingerichtet. Doch das öffentliche Auslegen der Unterlagen verzögert sich. Das Ministerium begründet das mit Änderungen bei der zu erwartenden Abfallmenge, nachdem der Bau einer umstrittenen Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf gestoppt wird.

Darüber hinaus verhandelt die Landesregierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) mit Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) über Ausgleichszahlungen für das kostspielige Endlagerverfahren. 1990 übernimmt in Niedersachsen eine rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) - sie ist gegen das Endlager. Im Jahr darauf weist Töpfer das Land offiziell an, die Unterlagen endlich öffentlich auszulegen. Die Landesregierung klagt dagegen, scheidet jedoch vor dem Bundesverfassungsgericht. Mit insgesamt acht Weisungen treiben Töpfer und seine Amtsnachfolgerin Angela Merkel (CDU) das Verfahren immer wieder gegen den Widerstand des Landes voran.

### **290.000 Einwendungen und 400 offene Fragen**

Schließlich werden die Unterlagen 1991 über zwei Monate hinweg öffentlich ausgelegt - mit überwältigender Resonanz. Das Umweltministerium in Hannover registriert rund 290.000 Einwendungen gegen Schacht Konrad als Endlagerstandort. Im September 1992 beginnt der nächste Verfahrensschritt, der sogenannte

Erörterungstermin. Er dauert 75 Tage, läuft über fünf Monate und wird damit einer der längsten in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Kommunen Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel sowie Greenpeace, der BUND, mehrere Bürgerinitiativen und die Verfasserinnen und Verfasser der Einwendungen tragen dort ihre Bedenken vor und diskutieren mit den verantwortlichen Behörden. Ihnen gegenüber sitzen dabei Mitarbeitende der Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (die spätere Bundesgesellschaft für Endlagerung, kurz BGE), des Bundesamts für Strahlenschutz als Antragsteller und des Landesumweltministeriums als Genehmigungsbehörde. Letztere stellt nach dem Erörterungstermin aus dem 4.000-seitigen Protokoll einen Katalog aus 400 offen gebliebenen Sach- und Rechtsfragen zusammen. Über Jahre hinweg sind Gutachter damit beschäftigt, die ausstehenden Antworten zu erarbeiten.

### **Rot-grüne Bundesregierung: Hoffnung für Endlager-Gegner?**

Derweil geht das Gerangel zwischen Bund und Land weiter. Und der politische Wechsel durch den 1998 gewählten Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und sein rot-grünes Kabinett löst den Konflikt mit Hannover nicht auf. Zwar will die Koalition einen Kurswechsel, indem sie nur noch ein bundesdeutsches Endlager für sämtliche radioaktiven Abfälle plant - damit wäre zumindest Schacht Konrad aufgrund seiner mangelnden Eignung für hochradioaktive Stoffe aus dem Spiel. Doch die Kernkraftwerksbetreiber lehnen den Vorstoß ab, weil sie bereits viel Geld in die Erkundung investiert haben.

Später verkünden Schröder und Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) einen Atomkonsens mit den Energieversorgern - den Ausstieg aus der Kernenergie. Zu Schacht Konrad vereinbaren sie, dass das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen wird - und dass das BfS seinen "Antrag auf sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses" zurückzieht, "um eine gerichtliche Überprüfung im Hauptsacheverfahren zu ermöglichen". Das Endlager kann also erst in Betrieb gehen, wenn Gerichte über mögliche Klagen von Verbänden, Gemeinden und Anliegern entschieden haben.

### **Endlager-Genehmigung nach 20 teuren Jahren**

Am 30. April 2002 winkt die niedersächsische Landesregierung um Sigmar Gabriel den Planfeststellungsbeschluss durch, am 22. Mai erteilt das niedersächsische Umweltministerium die Genehmigung: Sie sieht die Entsorgung aller Arten radioaktiver Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung vor - bei einer Obergrenze von 303.000 Kubikmetern. Für die Arbeits-

gemeinschaft Schacht Konrad ist das ganze Prozedere "eine Farce". "Hier wird ein fachlich nicht haltbarer Standort genehmigt, den die verantwortlichen Politiker von SPD und Grünen nach eigenem Bekunden nicht wollen", sagt Sprecher Peter Dickel damals.

Sowohl Trittin als auch Niedersachsens Umweltminister Wolfgang Jüttner (SPD) gelten als Atomkraftgegner. Doch sie stehen unter Druck: 1,6 Milliarden Mark sind bereits in Schacht Konrad investiert worden - Geld, das die Stromkunden mit ihren Rechnungen bezahlt haben. Seitens der Atomwirtschaft drohen deshalb immense Regressforderungen. Und: Der Staat schlichtweg Entsorgungsmöglichkeiten für seinen Atommüll. Jüttner betont seinerzeit, dass seine Behörde die Genehmigung erteilen musste, da der Antragsteller die Voraussetzungen erfüllt habe.

### **Drei Kommunen und zwei Landwirte ziehen vor Gericht**

Die Genehmigung zieht Klagen nach sich, die wie ein Moratorium wirken. Die Stadt Salzgitter, die Nachbargemeinden Lengede und Vechelde und zwei örtliche Landwirte führen unter anderem mangelnde Vorkehrungen gegen einen terroristischen Anschlag, das Fehlen einer vergleichenden Standortuntersuchung und Gesundheitsrisiken für den Bauern an, der seine Äcker unmittelbar über dem ehemaligen Erzbergwerk bewirtschaftet.

Doch das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg weist die Einwände im März 2006 zurück und lehnt eine Revision ab. Gegen diese Entscheidung reichen einige Kläger Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein, scheitern im März 2007 jedoch auch dort. Die Genehmigung für ein Endlager in Schacht Konrad wird damit in letzter Instanz bestätigt und rechtsgültig. Im Mai 2007 beauftragt das Bundesumweltministerium das BfS mit dem Umbau der stillgelegten Erzgrube. Weitere Verfassungsbeschwerden

scheitern. 2009 beginnen die Arbeiten.

### **Verzögerungen beim Bau und explodierende Kosten**

Reibungslos verlaufen auch diese nicht. Im Juni 2012 etwa dringt Wasser in den Schacht Konrad ein - Experten zufolge sogar mehr als in die marode Wolfenbütteler "Asse". Im März 2013 gibt die Vorgängergesellschaft der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bekannt, dass sich der Betriebsbeginn des Endlagers wegen zusätzlicher Sanierungsarbeiten bis 2021 verzögern könnte. Im Jahr darauf legt das BfS aktualisierte Zahlen vor: Während Experten in den frühen 1980er-Jahren noch mit Baukosten von umgerechnet 900 Millionen Euro ausgingen, schätzt die Behörde sie mittlerweile auf 2,9 Milliarden Euro. Auch der Eröffnungstermin ist weiterhin ungewiss. Derzeit geht die BGE davon aus, dass 2027 die ersten schwach- und mitteradioaktiven Abfälle in Salzgitter eingelagert werden - bis dahin könnten sich die Kosten auf 4,2 Milliarden Euro summiert haben.

Die Gegner von Schacht Konrad haben ihren Widerstand unterdessen nicht aufgegeben. Im vergangenen Jahr haben die Landesverbände von BUND und Naturschutzbund (NABU) beim niedersächsischen Umweltministerium den Antrag gestellt, die Planfeststellung zu widerrufen beziehungsweise zurückzunehmen. Die Organisationen und ihre Unterstützer bemängeln, dass die Genehmigung inzwischen 20 Jahre alt ist und die dafür vorgelegten Pläne bereits damals nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprochen hätten. Bis die Unterlagen abschließend geprüft sind, wird es Umweltminister Olaf Lies (SPD) zufolge wohl "mindestens zwei Jahre" dauern. Konrad-Gegner wie Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) erwarten, dass Lies zu ihren Gunsten entscheidet. "Wir können aber auf jeden Fall versprechen: Wir geben nicht auf, bis das Projekt Konrad aufgegeben wird."